

Protokoll Stadtteilplenum
Dienstag, den 19. Februar 2002
Bethania Gemeinde

37 TeilnehmerInnen

TOP 1 Verschiedenes/ Berichte aus den Arbeitsgruppen/ Aktuelles

TOP 2 Integration

Susanne Sander eröffnete die Veranstaltung und begrüßte alle Anwesenden.

Parallel zum Stadtteilplenum wurde die Sozialraumstudie im Rathaus vorgestellt. Aufgrund der Überschneidung wurde angeboten, diese Studie zu einem späteren Zeitpunkt im Stadtteilplenum vorzustellen.

Frau Hähnisch, Stadträtin für Bildung, Kultur und Sport des Bezirksamt Mitte hatte abgesagt. Herr Zeller, Bezirksbürgermeister, war zu Beginn der Veranstaltung noch nicht da. Aus diesem Grund wurde mit dem TOP 1 „Verschiedenes/ Berichte aus den Arbeitsgruppen/ Aktuelles“ begonnen.

TOP 1 Verschiedenes/ Berichte aus den Arbeitsgruppen/ Aktuelles

AT-Lux

Zum Thema kaputte Straßenlaternen soll ein Gespräch mit dem Leiter des Straßen- und Grünflächenamtes Herrn Büttner, dem Quartiersmanagement und Herrn Johannknecht stattfinden. Frau Weber (Anwohnerin Rostocker Str.) möchte gern dazu geladen werden.

Soziale Kooperation

Die Soziale Kooperation, vertreten durch Herrn Meyerhenrich, haben Insolvenz angekündigt, d.h. dass sie zahlungsunfähig sind und ihre Arbeit einstellen bzw. auf das Wesentliche konzentrieren müssen.

Ein Insolvenzverwalter wird eingesetzt.

Herr Stefan Lange vom Stadtplanungsamt BA Mitte weist darauf hin, dass am 20.02.2002 eine politische Diskussion im Ausschuss für Quartiersentwicklung stattfindet. Im Rahmen der Veranstaltung erfolgt die Darstellung, dass die Arbeit vor Ort zusammengebrochen ist. Das Quartiersmanagement wird aufgefordert, die entstehende Lücke zu füllen.

Bürgerbeteiligung und öffentliche Förderung von Sanierungsmaßnahmen

Der Rahmenvertrag zur Finanzierung der Bürgerbeteiligung wurde vom Bezirksamt gekündigt. Beim Moabiter Ratschlag mussten zwei Mitarbeiter entlassen werden. Die bisherige Arbeit wurde drastisch reduziert. Aus diesem Grund wurde auch die Vorbereitung und Durchführung des Stadtteilplenums, das dieses Mal allein vom Quartiersmanagement-Team durchgeführt wird, eingestellt.

Stefan Lange vom Stadtplanungsamt erläuterte, dass die Höhe und der Umfang der bisherigen Finanzierung des Stadtteilladens wegen fehlender Mittel im Bezirkshaushalt so wie bisher künftig nicht mehr stattfinden wird.

Der Moabiter Ratschlag erhält aber den Auftrag, die Durchführung des Stadtteilplenums bis Juni sicher zu stellen. Nur die gesetzlich abgesicherten Aufgaben in Sanierungsgebieten laufen weiter (Betroffenenrat, Sanierungsbeiräte bzw. Stadtteilplenum). In einem Schreiben von Frau Dubrau wurde mitgeteilt, dass nur noch Einzelaufträge für die Bürgerbeteiligung verteilt werden. Für welche Projekte wird erst Mitte des Jahres entschieden.

Das Förderprogramm zur sozialen Stadterneuerung fällt weg. Lediglich gesetzlich vorgeschriebene Aufgaben, wie z.B. die Erstellung eines Sozialplans bei privater Modernisierung werden öffentlich finanziert (z.B. Mieterberatung und Umzüge). Die soziale Stadterneuerung erfährt dadurch einen Wendepunkt.

Polizeiabschnitt (PA) Perleberger Straße

Herr Scharnowski, Leiter des Polizeiabschnitts 33 in der Perleberger Straße, stellte sich vor.

Er berichtete, dass es zu einer Umquartierung von Alt-Punkern von einem Standort in Berlin Mitte (Grünstraße) entweder in die Rostocker Str. 16 oder in die Beusselstraße 63 kommen soll. Der Polizei sei bekannt, dass es bisher schon zu kriminellen Aktivitäten aus dem Haus Beusselstraße 63 gekommen ist. Er rechnet bei einer Umquartierung mit einer Erhöhung der kriminellen Aktivitäten.

Der Automarkt Beusselstraße ist seit 1982 ein Dauerbrenner. Die Polizei führt immer wieder Kontrollen auf dem Automarkt durch, bei denen regelmäßig Strafanzeigen gestellt werden. Ein weiteres Problem ist die Verlagerung der Kaufaktivitäten in die nähere Umgebung. Verkäufer weichen auf Hinterhöfe und Parkplätze aus. AnwohnerInnen beschwerten sich. Leider kann die Polizei nur hin und wieder Straßenkontrollen durchführen. Diese wiederum sind nur effektiv, wenn die Verkäufer beim Handeln angetroffen werden. Herr Scharnowski forderte AnwohnerInnen auf, die Polizei zu rufen, wenn solche Verkäufe gerade stattfinden. Man kann auch anonym eine Anzeige erstatten. Die Frage nach einem Ersatzstandort für den Beusselmarkt kann nicht beantwortet werden, weil der Standort politisch geschützt ist. Das Grundstück gehört dem Senat und die Autofirma ist der Pächter. Die Pacht fließt an den Senat als Nutznießer.

Herr Scharnowski sprach davon, dass eine polizeiliche Dauerpräsenz nicht möglich ist, aber er versprach, dass sie weiterhin Einsätze zur Bekämpfung der Kriminalität unternehmen werden.

Im Laufe des Gesprächs entstand die Idee, die zuständigen Beamten und die Geschäftsführer der Autofirma zu einem Gespräch einzuladen. Herr Scharnowski gab zu Bedenken, dass solche Gespräche in der Vergangenheit mehrfach mit geringem Erfolg stattgefunden haben. Er hält solche Gespräche nur dann für sinnvoll, wenn die Politik dahintersteht.

Betroffenenratswahl

Frau Block vom Stadtplanungsamt sprach das Thema Betroffenenratswahlen an. Das Stadtplanungsamt war vom Moabiter Ratschlag angesprochen worden, da turnusgemäß (alle drei Jahre) eine Betroffenenratswahl ansteht. Aus Sicht von Frau Block hat sich die Einmündung des Betroffenenrats und Sanierungsbeirats (sowie der Waldstraßeninitiative) in ein Stadtteilplenum im Sanierungs- und Quartiersmanagementgebiet bewährt. Eine Rückkehr zum alten Modell Betroffenenrat erscheint nicht sinnvoll, da der Zulauf zum Plenum größer ist. Sie bittet um ein Votum, ob das Stadtteilplenum statt eines Betroffenenrats weitergeführt werden soll.

Auch Elke Fenster (Moabiter Ratschlag) spricht sich dafür aus, nicht zu der alten Form zurück zu kehren. Es gibt keine Stimme dagegen.

Die Mittel des Betroffenenrats können von Arbeitsgruppen zur Unterstützung ihrer Arbeit beim Moabiter Ratschlag abgerufen werden.

Schul- und Sportgelände

Helmut Rösener (S.T.E.R.N. GmbH) berichtete, dass die Planungen in die konkrete Baumaßnahmen überführt werden. Baubeginn ist April, Bauende voraussichtlich im Herbst. Wenn Interesse besteht können die Pläne im Vor-Ort-Büro ausgestellt werden. Interessierte melden sich bitte im Vor-Ort-Büro, Rostocker Str. 3 (Tel.: 030/39 90 71 95)

Herr Eschenburg gab zu bedenken, dass das nicht die Form der Bürgerbeteiligung ist, die er sich vorstellt. Ideen der Bürger werden eingeholt, um sie dann „elfenbeinturmartig“ weiter zu entwickeln und die daraus entstandene Planung gilt dann als unabdingbar. Er möchte vermehrt am Prozess beteiligt werden.

Herr Lange (Stadtplanungsamt) hielt dagegen, dass es bei dieser Planung sehr wohl zu einer Beteiligung gekommen ist und nicht am „grünen Tisch“ geplant wurde. Er verwehrte sich gegen den Vorwurf.

Elke Fenster nutzte die Gelegenheit und kündigte das bevorstehende Beteiligungsverfahren mit Jugendlichen an der Planung in der Berlichingenstraße 8 an.

TOP 2 Integration

Susanne Sander begrüßte den Ausländerbeauftragten des Bezirkes Herrn Cakmakoglu und die Gleichstellungsbeauftragte Frau Drobick.

Sie stellte Herrn Eschenburg, Herrn Ürek, Herrn Said und Herrn Abdulmajid vor, die jeweils Beiträge zum Thema vorbereitet haben. Der Bezirksbürgermeister Herr Zeller verspätete sich etwas und traf 20:10 Uhr ein, aber rechtzeitig, um die von verschiedenen Teilnehmern vorbereiteten Redebeiträge zum Thema Integration zu verfolgen.

Redebeitrag 1 Herr Eschenburg

Herr Eschenburg beschrieb die Situation in Moabit, in dem er auf die Sozialraumstudie des SOS-Kinderdorfes zurückgriff und aus dieser zitierte.

In dieser Studie wird die Situation in Moabit als problematisch eingestuft. Es wird von einem Beginn der Gettoisierung gesprochen. Es komme zu einer Ballung deutscher Familien mit großen sozialen Problemen und einer Ballung von Familien nichtdeutscher Herkunft. Ganze Straßenzüge werden von Menschen türkischer Herkunft und Menschen arabischer Herkunft bewohnt. Diese Entwicklung sei seit den 80er Jahren zu verzeichnen, und habe sich in den 90er Jahren noch verstärkt.

Es ist auch zu verzeichnen, dass problematische Bewohner aus Berlin und anderen Bundesländern in Unterkünften im Gebiet untergebracht werden.

In der Studie werden als Gründe für den Wegzug die mangelnde Ausstattung der Schule und die Verdrängung deutscher Familien angegeben.

Redebeitrag 2 Herr Said

Herr Said hat zum Thema Integration ein Gedicht verfasst, welches er in seiner Landessprache (kurdisch) vortrug. Herr Abdulmajid übersetzte. Die Anlage enthält das Gedicht in der Gesamtlänge.

Redebeitrag 3 Herr Ürek

Herr Ürek ist Kurde, hat in der Türkei als Lehrer und Politiker gearbeitet und befindet sich seit 1995 als politischer Asylant in Deutschland.

Seiner Meinung nach waren Migranten zu dem Zeitpunkt als diese als Gastarbeiter nach Deutschland gekommen sind willkommen. Heute hat sich das Verhältnis verschlechtert. Er selbst kennt Migranten, die keinen Kontakt zu Deutschen wollen und deutsche Regeln und Gesetze nicht achten. Er spricht davon, dass sowohl auf deutscher als auch auf ausländischer Seite Fehler gemacht wurden. Seine Erklärung für die Verschlechterung des Verhältnisses liegt einmal daran, dass Ausländer sich als Menschen zweiter Klasse fühlen. Aber auch die Ausländer haben durch ihr Verhalten das Vertrauen der Deutschen enttäuscht. Er nannte mehrere Beispiele dafür.

Um eine erneute Annäherung der Migranten und der Deutschen zu erreichen, unterbreitete er Vorschläge:

- ◆ Zunächst soll der Kontakt zu Vereinen, Moscheen, Kirchen, Schulen, Bezirksamt, Senat hergestellt und eine gemeinsame Veranstaltung organisiert werden.
- ◆ Langfristig soll eine Kommission eingerichtet werden, die sich aus ausgewählten VertreterInnen zusammensetzt. In dieser Kommission sollten aber auch Intellektuelle verschiedener Nationalitäten sitzen, die wiederum Kontakt aufnehmen zu ihrer Bevölkerungsgruppe und diese in die Kommission einladen. In der Kommission soll über Probleme des Zusammenlebens diskutiert und Vorschläge für die Politik erarbeitet werden.

Redebeitrag 4 Herr Abdulmajid

Herr Abdulmajid sieht ein Problem des schwierigen Zusammenlebens zwischen Deutschen und Migranten darin, dass sich viele Ausländern nicht an deutsche Regeln und Gesetze halten.

Er erklärte dies damit, dass viele Ausländer nicht an ein Leben in einem demokratischen Land gewöhnt sind und darüber hinaus unentschieden sind, ob sie in Deutschland bleiben oder wieder in ihr Land zurück gehen. Sie stellen sich nur teilweise auf ein Leben in Deutschland ein und orientieren sich an den Verhaltensmaßstäben ihres Herkunftslandes.

Um dies zu ändern, sei eine Voraussetzung, dass der Ausländer als Mitbürger von den Deutschen akzeptiert wird. Er unterbreitete ebenfalls Lösungsvorschläge:

- ◆ Ausländische Rentner mit viel Zeit könnten als Vermittler zwischen Deutschen und Ausländern eingesetzt werden. Sie sollen Kinder, Jugendliche, Erwachsene ansprechen und auf deutsche Regeln des Zusammenlebens aufmerksam machen.
- ◆ Es soll eine Veranstaltung durchgeführt werden an der diese Rentner, ausländische Vereine, Bewohner, Politiker teilnehmen, um über das Zusammenleben im Stadtteil zu diskutieren und verbindliche Vorschläge zu verabschieden.

- ◆ Vertreter aller Nationalitäten, Berliner Politiker sollen zu einer interkulturellen Konferenz eingeladen werden, wo der Wunsch zum friedlichen Zusammenleben diskutiert und eine gemeinsame Erklärung verabschiedet werden soll, in der sich alle verpflichten, ihre Bürger auf die Notwendigkeit und Bedeutung des Zusammenlebens und die Einhaltung und Achtung deutscher Regeln hinzuweisen.

Redebeitrag 5 Bezirksbürgermeister Herr Zeller

Herr Zeller entschuldigte sich für seine Verspätung. Er berichtete zunächst, dass der Bezirk durch die Bezirksreform größer geworden und man nach wie vor damit beschäftigt ist, Strukturfragen zu klären.

Das Thema Integration ist beim Bezirksbürgermeister angesiedelt. Ihm unterstehen die Ausländerbeauftragten (derzeit 3) des Bezirks. Ebenfalls bei ihm angesiedelt ist der „Beirat für Migranten und Flüchtlinge -Ausländerbeirat-“, der sich mit allen Fragen für MigrantInnen beschäftigt und den Bezirksbürgermeister berät. Er besteht aus 10 VertreterInnen unterschiedlicher Herkunft, die das Bild aller nationalen Gruppen im Bezirk widerspiegeln sollen. Empfehlungen des Beirats werden über den Bürgermeister an die zuständigen Stellen weitergeleitet. Das Bezirksamt bzw die BVV beschließen anschließend über die Umsetzung der Empfehlungen.

Außerdem gibt es bei der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) einen „Ausschuss für Bürgerdienste und interkulturelle Angelegenheiten“. Herr Zeller nimmt an diesem Ausschuss teil. Im Ausschuss sind gewählte Mitglieder der BVV vertreten, die Beschlüsse fassen können. Diese werden anschließend der BVV zur entgeltigen Abstimmung vorgelegt.

Darüber hinaus gibt es einen BVV „Ausschuss zu Fragen der Gleichstellung“ der beim Bezirksbürgermeister angesiedelt ist. Die Leiterin des Ausschusses ist Frau Drobick.

Herr Zeller zitierte eine Bevölkerungsstatistik, die aussagt, dass der Scheitelpunkt der BewohnerInnen beim 30sten Lebensjahr liegt. Das heißt, je älter (über 30) die im Kiez lebenden Menschen sind, desto stärker ist der Anteil der Deutschen. Und umgekehrt, je jünger die im Kiez lebenden Menschen sind, desto höher ist der Anteil derjenigen nichtdeutscher Herkunft. Bei den 2/3 jährigen liegt der Ausländeranteil sogar schon bei 90 %.

Daraus ergeben sich eine Vielzahl von Problemen für das Zusammenleben zwischen Deutschen und Ausländern, aber auch zwischen Ausländern unterschiedlicher Ethnien.

Viele Menschen, die den Integrationsprozess bewältigt haben, verlassen den Stadtteil. Vor allem bei türkischen Unternehmen sieht er es problematisch, da sie als Rückgrat der Berliner Wirtschaft gelten.

Von 316.000 Einwohnern im Bezirk beziehen 48.000 Leistungen vom Sozialamt und 30.000 Leistungen über das Arbeitsamt. Diese konzentrieren sich vor allem im Bereich Moabit, in Teilen Weddings und im Bereich Gesundbrunnen.

Er fand die in den Redebeiträgen aufgeführten Lösungsvorschlägen interessant und hielt die Ideen für ausbaufähig. Wichtig sei, dass man den Kontakt und die Kommunikation zu den VertreterInnen verschiedener Gruppen suchen muss.

Das Quartiersmanagement wurde auch eingerichtet, um den Kontakt herzustellen und eine Kommunikation zwischen den Gruppen voranzutreiben.

Herrn Zeller hält auch für wichtig, den Kontakt zu nichtdeutschen Unternehmen zu intensivieren, um diese als Ausbilder für Jugendliche zu gewinnen. Es gibt mehr als 5.000 türkische Unternehmen in Berlin, aber die Ausbildungsquote in diesen Betrieben sei sehr gering und die Arbeitslosigkeit insbesondere nicht-deutscher Jugendlicher sehr hoch. Das hat verschiedene Ursachen, die herausgefunden und für die Lösungen gefunden werden müssen.

Er befürwortete die Einrichtung von Kontaktgruppen bei unterschiedlichen Problemlagen, in denen miteinander und nicht übereinander geredet werden soll. Als Beispiel führte er eine Mieterversammlung an, die in Zusammenarbeit mit dem Quartiersmanagement organisiert wurde, um Streitigkeiten zwischen Mietern und Vermietern zu klären.

In seinen Augen sind Sportvereine die optimalen Einrichtungen, in denen Integration stattfinden kann.

Diskussion

Frau Sander fasste die Redebeiträge zusammen. Im Anschluss an die Redebeiträge fand eine angelegte Diskussion statt. Im Folgenden soll versucht werden, die wichtigsten Beiträge zur Verbesserung des Zusammenlebens in Kürze wieder zu geben.

Vorgeschlagen wurde, keine Unterschiede zwischen Migranten und Deutschen zu machen, sondern alle gleichermaßen gesellschaftlich insbesondere auch in die Stadtteilarbeit einzubinden. Sprachprobleme sollen durch Deutsch-Kurse, können aber auch durch Fremdsprachenkurse für Deutsche abgebaut werden. Begegnungsstätten sollen geschaffen werden, persönlicher Erfahrungsaustausch gesucht werden. Migranteneinrichtungen sollen sich auch Deutschen gegenüber öffnen. Gute Beispiele in der Integrationspolitik aus anderen Ländern sollen übernommen werden. Demgegenüber wurde zu Bedenken gegeben, dass das Wertesystem vieler Migranten sich enorm von dem deutschen unterscheidet. Viele Migranten haben keine Demokratieerfahrungen und finden sich im deutschen System schlecht zurecht. Außerdem zählt bei Migranten das Familiensystem und nicht das Engagement für die Gesellschaft. Daraus entstehen viele Probleme, die andere Lösungen erfordern als zwischenmenschliche Begegnungen.

Es wurde gefordert, in den deutschen Verwaltungen Voraussetzungen zu schaffen und staatliche Richtlinien zu geben, um Integration stattfinden lassen zu können. Integrationsarbeit wird vor allem in Schulen und Kitas geleistet. Je größer der Anteil der zu integrierenden Kinder, desto unzufriedener sind deutsche Eltern, die wegziehen oder ihre Kinder in anderen Schulen anmelden. Auch dafür müssen Lösungen geschaffen werden.

Integration ist ein langjähriger Prozess und nicht damit beendet, wenn ein Ausländer deutsch lernt und seine Kultur aufgibt.

Es wurde die Frage gestellt, ob überhaupt eine Bereitschaft zur Integration in der Gesellschaft besteht.

Herr Cakmakoglu (Ausländerbeauftragter) informierte über sein Beratungsangebote für Ausländer und Deutsche, das jeweils Montag 9 – 12 Uhr und Donnerstag 14 – 18 Uhr stattfindet.

Abschluss

Es wurde deutlich, dass mit diesem Stadtteilplenum der Diskussionsbedarf nicht befriedigt werden konnte. Die Diskussion muss weiter gehen, um Lösungsansätze zu finden.

Herr Zeller (Bezirksbürgermeister) fordert eine langen Atem bei der Integrationsarbeit und macht darauf aufmerksam, dass durch den Einsatz des Quartiersmanagement die lokalen Probleme wenigstens bekannt sind.

Ansprechpartner bei weiterem Interesse und weiteren Fragen zum Thema Integration ist Sherwan Abdulmajid. Zu erreichen im Vor-Ort-Büro, Rostocker Str. 3 oder telefonisch 030/ 39 90 71 95.

Das nächste Stadtteilplenum findet am 19. März 2002 zum Thema Bürgerbeteiligung statt.

W. Hertzsch,
S. Sander S.T.E.R.N.